

Neue Wege gehen

Bei vier Millionen Arbeitslosen müssen wir auch einmal neue Wege gehen.“ So forderte es Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung zum Amtsantritt. Diese Forderung ist mehr als richtig, sie ist unverzichtbar. Gerade auch, weil die Kanzlerin dem Arbeitsmarkt zu Recht eine Schlüsselrolle zuschreibt: „Das drängendste Sozialprogramm, das sich diese Bundesregierung vornimmt, (ist) ein florierender Arbeitsmarkt.“ Angela Merkel bestätigt damit, was bereits in der Präambel des Koalitionsvertrags von Union und SPD stand: „Wir wollen mehr Menschen die Chance auf Arbeit geben. ... Wenn wieder mehr Menschen Arbeit haben, verbessert dies auch die Lage der Finanz- und Sozialsysteme unseres Landes.“ Die Zielrichtung der schwarz-roten Bundesregierung stimmt. Noch aber fehlt die Strategie. Denn Massenbeschäftigung ist in Deutschland mit einer kosmetischen Reparatur des bestehenden Systems nicht zu haben. Sie braucht neue Wege.

Der Arbeitsmarkt veranschaulicht überdeutlich, weshalb ein Denken in alten Ritualen Deutschland nicht weiter bringt. Obwohl die deutsche Wirtschaft nächstes Jahr deutlich stärker wachsen wird als im Durchschnitt der letzten Dekade, wird sich auf dem Arbeitsmarkt kaum viel bewegen. Die Wirtschaft wächst „jobless“. Sie wächst, weil Maschinen dafür sorgen, dass (noch) beschäftigte Menschen immer produktiver arbeiten. Die Arbeitsproduktivität, nicht jedoch die Beschäftigung, steigt. Trotz der für Deutschland erfreulich positiven konjunkturellen Entwicklung wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresmittel lediglich um etwa 150 000 sinken – und das bei einem Niveau von über 4,7 Mio. Arbeitslosen. Das bedeutet wenig Hoffnung für die Masse der Arbeitslosen. Das wäre nicht ganz so schlimm, wenn viele neue Jobs geschaffen würden, um andernorts freigesetzte Arbeitssuchende aufzufangen, das Niveau der Arbeitslosigkeit also hoch wäre, die Dynamik des Arbeitsmarktes aber dafür sorgen würde, dass ein Großteil der Arbeitslosen rasch wieder in ein Beschäftigungsverhältnis zurückfindet und sich Arbeitslosigkeit nicht verfestigt.

Doch das Gegenteil ist für Deutschland der Fall. Rund die Hälfte aller Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose, sind also bereits länger als ein Jahr ohne Arbeit. Das ist eines der schlechtesten Ergebnisse aller OECD-Länder. In Europa ist die Langzeitarbeitslosigkeit nur noch in Italien und Griechenland ein größeres Problem. Ganz anders sind die Verhältnisse in Skandinavien: In Finnland ist nur jeder vierte Arbeitslose länger als ein Jahr ohne Arbeit, in Dänemark jeder fünfte, in Schweden gar nur jeder sechste. Und in Norwegen liegt der Anteil der Langzeitarbeitslosen bei 6% aller Arbeitslosen.

Eine andere Entwicklung veranschaulicht die ganze Dramatik des Zustands des deutschen Arbeitsmarktes. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist seit dem Jahr 2001 im freien Fall. Zwischen 2001 und 2005 sind rund 1,7 Mio. Beschäftigte als Beitragszahler in die Sozialversicherungskassen ersatzlos verloren gegangen. Zwar dürfte im Laufe des nächsten Jahres die Talsohle erreicht sein, doch dass selbst während konjunkturell guter Zeiten nur eine bestenfalls leichte Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten möglich sein wird, ist zu wenig. Dass sich durch den Wegfall von Beitragszahlern die Finanzierungsgrundlage der Sozialversicherungskassen verschlechtert, ist selbstredend. Als Folge müssen entweder die Beiträge für die noch beitragspflichtig Beschäftigten weiter erhöht oder die Leistungen gekürzt oder aber die Zuschüsse aus der allgemeinen Staatskasse ausgeweitet werden. Keine dieser Optionen sichert jedoch dem heutigen System seine finanzielle Basis nachhaltig. Andere, neue Wege sind unverzichtbar.



Thomas Straubhaar

Man kann es drehen und wenden wie man will. Es ändert alles nichts: die auf hohem Niveau verfestigte Arbeitslosigkeit und die unzureichende Dynamik, neue Beschäftigung zu erzeugen, selbst in konjunkturell für Deutschland guten Zeiten, sind schlüssige und unbestreitbare Belege für den Schiffbruch der bisherigen Arbeitsmarktpolitik. Natürlich kann man einwenden, dass Erleichterungen beim „hire und fire“ alleine noch keine neuen Arbeitsplätze schaffen. Natürlich ist es richtig, dass die Erfahrungen anderer Länder nicht unesehen auf Deutschland übertragen werden können. Und natürlich sind viele andere Gegenargumente ernst und nicht leicht zu nehmen. Aber trotzdem bleibt es dabei: Fast sieben Millionen Menschen, die Arbeit suchen, fast fünf Millionen, die als Arbeitslose registriert sind, die dramatisch gesunkene Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, vor allem aber die Millionen von Deutschen, die um ihren Arbeitsplatz Angst haben, sind be- und erdrückende Fakten. Ideologische Grabenkämpfe helfen nicht mehr weiter. Rückwärts gewandtes Denken bringt Deutschland nicht nach vorne. Es bedarf neuer Wege. Da hat die Bundeskanzlerin Recht.

Ein fundamentaler Systemwechsel in der Arbeitsmarktpolitik kann gerade einer großen Koalition durchaus gelingen. Ja, mehr noch: der weite Sprung ist kein Widerspruch zu der von der Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung geforderten „Politik der vielen kleinen Schritte“! Einfacher als in den meisten anderen Themenfeldern kann ein weit reichender Systemwechsel in der Arbeitsmarktpolitik in einzelne kleine Schritte aufgeteilt werden. Man muss nicht mit dem so notwendigen, aber zwischen Union und Sozialdemokraten heftig umstrittenen Ersatz des Kündigungsschutzes durch Abfindungen beginnen. Man braucht auch nicht zuallererst den Flächentarif abzuschaffen und an seiner Stelle betriebliche Bündnisse zur Regel zu machen. Der Lackmusest wird vielmehr sein, ob die neue Bundesregierung über den Koalitionsvertrag hinausgeht und die Sozialversicherungssysteme nicht mehr über Lohnabgaben finanziert, sondern über einkommensunabhängige Beiträge aller und staatliche Zuschüsse aus der allgemeinen Steuerkasse an die finanziell Schwächeren.

Es wäre ein Leichtes, die von der Bundeskanzlerin eingeforderte „Politik der vielen kleinen Schritte“ mit der für den Arbeitsmarkt so wichtigen Senkung der Lohnnebenkosten anzupacken. Die ökonomisch so sinnvolle Systemumstellung weg von hohen Lohnnebenkosten und hin zu mehr netto vom brutto, findet breite politische Unterstützung, und Widerstand ist kaum zu hören. Denn zu offensichtlich ist es, dass die über den Lohn paritätisch zu leistenden Beiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung wie eine Strafsteuer auf Arbeit wirken. Die Sozialversicherungsabgaben von heute fast 42% der Bruttolöhne treiben einen in den letzten Jahren stetig und ungebrochen breiter gewordenen Keil zwischen Brutto- und Nettoeinkommen. Kein Wunder, dass arbeitsintensive Produktionsprozesse ins Ausland verlagert werden und für viele Tätigkeiten die Schwarzarbeit attraktiv ist. Kein Wunder, dass automatisiert wird und teure Arbeitskräfte durch billigere Maschinen ersetzt werden.

Die Lohnnebenkosten müssen weit stärker gekürzt werden, als um die von der neuen Bundesregierung geplanten gut 2%. Denn ob 42% oder 40% macht keinen entscheidenden Unterschied. Viel mehr ist aber durch Anpassungen innerhalb des heutigen Systems kaum möglich. Das kann nur ein fundamentaler Systemwechsel schaffen. Eine große Koalition kann tief gehende, aber vom Grundsatz her wenig umstrittene Änderungen der Sozialversicherungssysteme leichter beschliessen als frühere Regierungen. Sie muss nur wollen. Die deutsche Wirtschaft steht vor einem guten Jahr. Jetzt muss die Politik sich an die Arbeit machen.